

## **Statement Helena Steinhaus, Gründerin von Sanktionsfrei e.V.**

Am CO<sub>2</sub>-Preis und am Klimageld zeigen sich die beiden wohl krassesten Probleme, vor denen wir gesamtgesellschaftlich stehen: Einerseits die Klimakrise. Andererseits die immer weiter klaffende Ungleichheit.

Es macht total Sinn, einen Preis auf CO<sub>2</sub>-Verbrauch zu erheben. Damit wird klimaschädliches Verhalten quasi bestraft und Geld eingesammelt, um die Klima-Transformation voranzutreiben. Seit drei Jahren nimmt der Staat diesen CO<sub>2</sub>-Preis ein. Dadurch steigen die täglichen Ausgaben der Bürger\*innen kontinuierlich. Deswegen hat die Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbart, einen sozialen Ausgleichsmechanismus zu entwickeln: das Klimageld. Es könnte einmal im Jahr als Entlastung an alle Menschen ausgezahlt werden. Das Gute ist: Das Geld ist bereits da. 40 MRD Euro hat die Regierung in den letzten drei Jahren von uns allen einkassiert. Laut Berechnungen hätten alle bereits mindestens 139 € Klimageld für die letzten 3 Jahre bekommen sollen.

Warum wäre ein Klimageld gerecht? Reiche Menschen leben in großen Wohnungen, manche haben sogar mehrere Häuser oder Villen, haben Zweitwohnsitze mit Sauna und Pool. Sie fahren große Autos und jetten hin und her. Sie würden mit dem Klimageld Verlust machen, weil sie mehr bezahlen müssen, als sie zurückbekommen. Sie haben die finanzielle Freiheit, sich ein Elektroauto zu kaufen oder eine Wärmepumpe einbauen zu lassen. Oder zu verzichten. Dann sparen sie sofort CO<sub>2</sub> und Geld und das Klima würde weniger belastet. Aber viele bemerken die Preissteigerungen gar nicht, da sie mehr als genug haben oder weil sie durch gezielte Lobbyarbeit gar nicht erst zur Kasse gebeten werden.

Gleichzeitig wird das Leben für den ärmeren und wesentlich größeren Teil der Gesellschaft immer teurer. Viele können kaum von ihren Gehältern leben. Jeder Wocheneinkauf stellt sie vor die Zerreißprobe, eine Klassenfahrt der Kinder oder neue Winterschuhe verursachen schlaflose Nächte. Menschen in Bürgergeld und Grundsicherung kommen ohnehin kaum über die Runden. Durch den CO<sub>2</sub>-Preis werden sie noch mehr in die Armut gedrängt. Millionen Menschen in Armut spüren die Einschnitte durch steigende Preise täglich. Obwohl sie sich kaum klimaschädliches Verhalten leisten können, weder SUV fahren, noch in den Urlaub fliegen, müssen sie bei jedem Brotkauf ihren Beitrag für die Klima-Transformation zahlen.

Diese Menschen bekämen mehr Klimageld, als sie für ihren CO<sub>2</sub>-Verbrauch bezahlt haben. Durch das Klimageld würden sie also belohnt. Aber anstatt das Geld wie versprochen an die

Bevölkerung zurück zu verteilen, wird es von der Regierung zu großen Teilen zweckentfremdet. Zum Beispiel an den Konzern Intel, der in Magdeburg eine Chip-Fabrik baut. Knapp 10 MRD Euro aus den CO<sub>2</sub>-Preis-Einnahmen fließen dort als Subventionen hinein – ein Viertel der gesamten Einnahmen! Das hat weder mit Klimaschutz noch mit sozialem Ausgleich auch nur das Geringste zu tun. Im Gegenteil! Es schröpft die Umwelt und ist Umverteilung in Reinform, also von Unten nach Oben, von Vielen an Wenige.

Diese Ungerechtigkeit wollen wir sichtbar machen. Diese Verhältnisse wollen wir umkehren. Derzeit spielen wir Soziales und Klima gegeneinander aus. Deshalb braucht es dringend den sozialen Ausgleich – um alle mitzunehmen und die Blockade zu lösen. Wir sind der festen Überzeugung, dass Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit untrennbar miteinander verbunden sind. Wir, das sind der Verein Sanktionsfrei, der sich für eine menschenwürdige Grundsicherung einsetzt, der Paritätische Gesamtverband, Fridays For Future, Campact, 9 € Fonds, Mein Grundeinkommen, Robin Wood, BUND, Oxfam, Klima-Allianz, Fondament und viele andere Organisationen.

Wir alle appellieren an die Bundesregierung, das Klimageld ohne Verzögerung einzuführen! Am besten sozial gestaffelt. Anstatt sich ausgerechnet am Portemonnaie der Ärmsten zu bedienen, muss die Regierung sich das Geld für die Klima-Transformation an anderer Stelle holen: Klimaschädliche Subventionen müssen eingefroren, Privilegien für Reiche und Konzerne abgeschafft werden und das Kaputtsparen muss ein Ende haben. Um zu zeigen, dass es geht, fangen wir einfach an: 1.000 Personen bekommen 139 € Klimageld. Und zwar die, die es am allernötigsten brauchen: Menschen, die Bürgergeld, Grundsicherung oder Wohngeld beziehen. Alle Infos dazu, wer das Geld wie bekommen kann und wie wir mehr Druck auf die Regierung ausüben können, damit es tatsächlich kommt, gibt es auf [sanktionsfrei.de/klimageld](https://sanktionsfrei.de/klimageld).